südostasien
Zeitschrift für Politik • Kultur • Dialog

1 | 2019, Südostasien,
Autor*in: Michele Ford

Arbeiter*innenbewegungen und politische Teilnahme in Südostasien



Thailand: Proteste ohne politische Repräsentation. Entlassene Triumph-Arbeiterinnen besetzen das Arbeitsministerium in Bangkok, 2006 © Oliver Pye

*In westlichen Demokratien wird generell angenommen, dass die Arbeiter*innenbewegung formelle Verbindungen zu kommunistischen, sozialdemokratischen oder arbeitnehmerorientierten politischen Parteien unterhält. Das gilt aber nicht für Südostasien, wo die organisierte Arbeiterschaft größtenteils vom politischen System ausgeschlossen ist.*

Linke Parteien und assoziierte Organisationen der Arbeiter*innenbewegung spielten eine zentrale Rolle in den Unabhängigkeitsbewegungen in ganz Südostasien Mitte des 20. Jahrhunderts. Sie verloren aber an Bedeutung im Zuge der antikommunistischen Säuberungen des Kalten Krieges, als die Region ein Schlachtfeld zwischen dem West- und dem Ostblock wurde. Seitdem ist es der Arbeiter*innenbewegung nicht wieder gelungen, eine ernstzunehmende Macht für progressive Politik zu werden.



Indonesien: Während des Generalstreiks 2013 versammeln sich tausende von Arbeiter*innen aus den Industriebezirken Nordsumatras an Jakartas Hafen und Logistikzentrum Tanjung Priok © LIPS – Sedane Labour Information Centre

Seitdem haben die Regierungssysteme der Region das Ausmaß der Beteiligung von Gewerkschaften und anderen Organisationen der sozialen Bewegungen im politischen Geschehen weitgehend vorgegeben. Vietnam und Laos sind autoritäre Einparteienstaaten, wie auch Brunei, das seit der Unabhängigkeit 1984 vom Sultan mit Hilfe von Notgesetzen regiert wird. Mit Ausnahme von Thailand, das seit 2014 unter Militärherrschaft steht, sind die anderen Länder formell gesehen demokratisch. Doch die Qualität dieser Demokratie schwankt zwischen halbautoritären Regimen wie in Singapur und Kambodscha und relativ robusten demokratischen Systemen in den Philippinen und Indonesien.

Ein Indiz für das demokratische Defizit in der gesamten Region ist die Schwäche ihrer Gewerkschaftsbewegungen. Vietnam und Laos, ihrem politischen System entsprechend, haben nur staatstreue Einheitsgewerkschaften. Eine ähnliche Struktur findet man in Singapur, mit seinem

staatsnahen Gewerkschaftsverband, und – bis das autoritäre Regime 1998 gestürzt wurde –in Indonesien. Gewerkschaften sind in Malaysia zugelassen, haben aber wenig ökonomischen oder politischen Einfluss in den letzten Jahrzehnten entwickeln können. Nominell existieren sie auch in Brunei, obwohl es keine Hinweise auf gewerkschaftliche Aktivität in diesem winzigen Land gibt.

Arbeiter*innen und der demokratische Wandel

In anderen Ländern haben Arbeiter*innenbewegungen unterschiedliche Rollen in den Prozessen demokratischen Wandels gespielt. In Indonesien und Myanmar haben die Arbeiter*innenbewegungen einen wichtigen Anteil an den pro-demokratischen Bewegungen in den letzten Jahren der Diktatur gehabt. In den Philippinen spielte sie eine wichtige und sichtbare Rolle im Sturz des Marcos-Regimes. In Kambodscha wurden Versuche, eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung zu entwickeln, seitens der Regierung mit Repression beantwortet. Diese befürchtet eine Gefährdung der ökonomischen und politischen Stabilität, was wiederum die Fragilität des demokratischen Prozesses in diesem Land reflektiert (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Arbeiter*innenbewegungen und demokratischer Wandel

Jahr	Land	Die Rolle der Arbeiter*innenbewegung im demokratischen Wandel
1986	Philippinen	Trug zur „People Power“ Bewegung bei, die Corazon Aquino an die Macht brachte, hat seitdem aber relative wenig Einfluss.
1992	Kambodscha	Spielte keine Rolle bei der Einführung der Demokratie Anfang der 1990er Jahre; sehr prominent bei den großen Protesten 2013-14 für die Erhöhung des Mindestlohns; danach starke Repression durch die Regierung und die aktive Rücknahme arbeitnehmerfreundlicher Gesetze.
1992	Thailand	Gewerkschaften aktiv in der Demokratiebewegung 1992, aber heute gespalten, mit einem Flügel, der das Militärregime unterstützt.
1998	Indonesien	Alternative Arbeiter*innenbewegung wichtig in der Demokratiebewegung Anfang und Mitte der 1990er, obwohl nicht unmittelbar am Regimewechsel beteiligt; seitdem wichtige Rolle im Bestreben nach mehr sozialer Gerechtigkeit.
2002	Timor-Leste	Unter der Besatzung kaum vorhanden und daher keine Rolle in der Unabhängigkeitsbewegung; seit 2002 hat die Arbeiter*innenbewegung Schwierigkeiten, sich zu etablieren und spielt keine nennenswerte Rolle im politischen Raum.
2011	Myanmar	Gewerkschaften waren vor 2011 verboten, aber burmesische Arbeiteraktivist*innen im Exil nutzen ihre Verbindungen zu der internationalen Arbeiter*innenbewegung, um die Debatte um Sanktionen zu beeinflussen, die wiederum für den Regimewechsel wichtig waren; seitdem wenig politisches Engagement.
2018	Malaysia	Gewerkschaften mit einer institutionellen Rolle während der gesamten Zeit nach der Unabhängigkeit aber ohne großen industriellen oder politischen Einfluss; obwohl die MTUC Arbeiter*innen aufforderte, für Parteien zu stimmen, die Elemente ihres „Manifests“ unterstützten, haben Gewerkschaften keine aktive Rolle bei der historischen Wahl 2018 gespielt, bei der die regierende Koalition zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit verlor.

Auch in den Ländern, in denen Gewerkschaften nach dem Regimewechsel eine neue Dynamik entwickelten, war es schwierig, eine stabile, repräsentative Einflussnahme für die arbeitende Klasse zu erlangen. Nur in den Philippinen konnten einige Gewerkschaften Verbindungen zu einer linken Partei in einem nicht-autoritären Staat aufrechterhalten. Aber die philippinische

Arbeiter*innenbewegung ist zerbrechlich und extrem fragmentiert (vgl. Artikel von Jörg Schwieger in dieser Ausgabe) und hat insgesamt wenig Einfluss in einem politischen Kontext, der von traditionellen Eliten dominiert wird. Indonesien, wo Gewerkschaften opportunistische Kollaborationen mit Parteien über das gesamte politische Spektrum eingehen, zeigt wiederum ein anderes Modell politischen Engagements.



Indonesien: Arbeiter*innen fordern das Ende von Outsourcing Praktiken. Protest vor dem Büro des Gouverneurs von Jakarta während des Generalstreiks von 2013 © LIPS – Sedane Labour Information Centre

Das indonesische Modell

Im Fall Indonesiens ist die Gewerkschaftsbewegung in den Jahrzehnten nach dem Regimewechsel recht weit gekommen. Aus den Trümmern der Einheitsgewerkschaft unter Suharto und der alternativen, regimekritischen Arbeiter*innenbewegung sind eine Reihe recht große und gut organisierte Gewerkschaften entstanden. Die mächtigsten davon haben Massenmobilisierungen als Strategie benutzt, um politische und gesetzliche Reformen zu verfolgen (und zu erreichen), nicht nur im Bereich der Industriebeziehungen, sondern auch in anderen politischen Bereichen, namentlich die Kampagne für eine universelle Sozialversicherung. Aber frühe Versuche, eine Arbeiterpartei zu gründen, scheiterten an Uneinigkeit in den Gewerkschaften und auch daran, dass die Stimmen der Arbeiter*innen nicht mobilisiert werden konnten. Auf der Suche nach einer Alternative fingen die politischeren Gewerkschaften an, Kandidat*innen auf verschiedenen Regierungsebenen zu

unterstützen und auch Gewerkschafter*innen als Kandidaten für eine Reihe unterschiedlicher Parteien aufzustellen, vor allem in Wahlkreisen mit einer hohen Dichte von Gewerkschaftsmitgliedern. Dies trug dazu bei, in diesen Gebieten eine klassenbasierte politische Identität zu produzieren, als Arbeiter*innen merkten, dass sich Politiker für ihre Belange bzw. Stimmen interessierten. Bei den Wahlen 2014 haben beide Präsidentschaftskandidaten versucht, die Unterstützung der Gewerkschaften zu bekommen. Dies wäre in der Suharto-Zeit und auch im ersten Jahrzehnt danach undenkbar gewesen. Obwohl sie sich damit auf die politische Bühne setzen konnten, bleiben die Aussichten, auf Dauer eine politische Einflussnahme zu erreichen, eher gering.



Indonesien: Erster Mai Demonstration in Jakarta. Zehntausende versammeln sich am Verkehrskreis Hotel Indonesia, ein beliebtes Wahrzeichen für Protestierende in Indonesien, 2014 © LIPS – Sedane Labour Information Centre

Notwendigkeit von breiten Bündnissen

Was ist die politische Zukunft der arbeitenden Klasse in der Region? Warum konnten sich arbeitnehmerorientierte Parteien nicht durchsetzen? Das Scheitern der organisierten Arbeiter*innenbewegung, als politische Macht in den Demokratien Südostasiens hervorzutreten ist zum Teil ein Ausdruck der ungleichen Entwicklung. Die Belange von Arbeiter*innen sind in industriellen Zonen für Politiker relevant, aber nicht über die ganze Nation hinweg. Deswegen ist es schwierig, eine Partei dauerhaft zu etablieren, die sich nur auf die Interessen der organisierten Arbeiter*innen im formellen Sektor bezieht. Aussichtsreicher könnte sein, interessensbasierte Parteien zu formieren, die sich breiter auf verschiedene soziale Bewegungen stützen. Leider war dies bisher auch schwierig zu realisieren.

Übersetzung aus dem Englischen von: Oliver Pye

Autor:in

Michele Ford

Michele Ford ist Professorin für Südostasienwissenschaften an der Universität Sydney und Direktorin des Sydney Southeast Asia Centre.



Dieser Text erscheint unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.